

**Non-Paper der deutschen Bundesregierung zu den aktuellen Diskussionen  
im Rahmen der „Konferenz zur Zukunft Europas“**

Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende für Europa. Dieser Angriff auf die Freiheit der Ukrainerinnen und Ukrainer ist zugleich ein Angriff auf die Werte der regelbasierten internationalen Ordnung. Die Europäische Union hat entschlossen reagiert und - unter anderem mit einem beispiellosen Sanktionspaket - ihre Geschlossenheit unter Beweis gestellt. Diese Geschlossenheit bietet zugleich die Voraussetzung dafür, die strategische Souveränität der EU nachhaltig und dauerhaft zu stärken und Europa zukunftsfest zu machen.

In diesem Zusammenhang ist die „Konferenz zur Zukunft Europas“ eine besondere Gelegenheit, die EU in dieser Zeit des Wandels und grundlegender Herausforderungen weiterzuentwickeln und Reformen anzustoßen – ausgehend von den innovativen konkreten Ideen, die Bürgerinnen und Bürger aus ganz Europa erarbeitet haben. Sie stehen im Mittelpunkt der Zukunftskonferenz. Ihr großes Engagement und die Vielfalt der Vorschläge sind beeindruckend. Sie bieten viele Anregungen für eine erfolgreiche Aufstellung für die Zukunft der EU.

Dazu gehört, dass die EU mit klarer Stimme in der Welt spricht, eine Vorreiterrolle im weltweiten Kampf für den Klimaschutz einnimmt, sie wirtschaftlich und sozial stark ist, die digitale Transformation erfolgreich bewältigt, und Lösungen für drängende Herausforderungen in Bereichen wie Gesundheit oder Migration findet. Dafür benötigen wir ein solides Wertefundament und eine starke, enge Rechtsgemeinschaft. Sie sind Voraussetzung und Grundlage unserer Stärke und Fähigkeit zur Weiterentwicklung. Die deutsche Bundesregierung wird all ihre Kraft einsetzen, um diese Ziele zu erreichen und die EU zukunftsfähig zu machen, demokratisch gefestigter, handlungsfähiger und strategisch souveräner.

Als nächster Schritt ist nun für den Erfolg der Konferenz aus unserer Sicht zentral, eine Umsetzung der von den Bürgerinnen und Bürgern erarbeiteten Empfehlungen in europäische Politik gründlich und ernsthaft in einem transparenten Verfahren zu prüfen. Dafür ist es sinnvoll, die Vorschläge zunächst in „Clustern“ zu gliedern und zu annotieren, welche Schritte zur Umsetzung nötig wären. Dabei kommt den Arbeitsgruppen der Zukunftskonferenz und dem gemeinsamen Sekretariat eine wichtige Rolle zu. Anschließend sollte der Exekutivausschuss der Zukunftskonferenz die Empfehlungen in den Schlussfolgerungen der Plenarversammlung der Konferenz aufnehmen. Sie stellen eine wichtige Sammlung von Ideen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der EU dar.

In der folgenden Umsetzungsphase kommt den europäischen Institutionen eine wichtige Rolle zu. Sie prüfen und entscheiden innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs und im Einklang mit den Verträgen, welcher Vorschlag der Schlussfolgerungen der Zukunftskonferenz umgesetzt werden kann und wie bzw. welche Vorschläge nicht realisiert werden können. Deutschland wird sich als dabei Mitgliedstaat intensiv einbringen. Uns ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger auch ein klares Feedback erhalten, was mit ihren Vorschlägen passiert und warum.

Im Lichte der aktuellen Entwicklungen und basierend auf den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger hält die Bundesregierung für die anstehenden Diskussionen, insbesondere auch im Rahmen des Informellen Rats für Allgemeine Angelegenheiten in Arles am 3./4.3.22, nachstehende Themenfelder für besonders wichtig:

## **I. Ein starkes Europa mit einer starken Stimme in der Welt**

Die russische Invasion in der Ukraine hat einmal mehr deutlich gemacht: Eine starke Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist zentral für ein souveränes Europa. Um bei der erfolgreichen Bewältigung der globalen Herausforderungen unserer Zeit und in der internationalen Sicherheitsordnung europäische Werte und Interessen erfolgreich vertreten zu können, müssen alle EU-Akteure einschließlich der EU-Mitgliedstaaten geschlossen auftreten. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Bürgerinnen und Bürger, die Einstimmigkeitsregel in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durch Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit zu ersetzen.

Unsere nationale Außenpolitik wollen wir noch effektiver in die europäische Außenpolitik einbetten. Für diese noch engere Koordination des Außenhandelns der EU-Mitgliedstaaten und auch der europäischen Institutionen untereinander hin zu einer Außenpolitik „aus einem Guss“ wollen wir die Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin weiter stärken. Als Teil eines wirksamen integrierten Ansatzes der EU-Außenpolitik unterstützen wir den Strategischen Kompass als gemeinsames Grundlagendokument für eine Weiterentwicklung und effektivere Umsetzung unserer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die europäische Handelspolitik als eines ihrer zentralen globalen Gestaltungsinstrumente wollen wir stärken. Aktive Handelspolitik ist dabei kein Gegensatz zu Werten und Nachhaltigkeit, sondern kann ihre globale Umsetzung fördern, wie es auch in den Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck kommt. Wir treten für eine offene Handelspolitik der EU ein, die faire soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards stärkt, unseren Wohlstand fördert und effektiv gegen unfaire Handelspraktiken wirkt. Um diese Ziele zu verwirklichen, müssen wir auch im Innern der EU unsere Hausaufgaben machen und dafür sorgen, dass Abkommen zügiger abgeschlossen und ratifiziert werden können.

Wir setzen uns für eine glaubwürdige Erweiterungspolitik ein, die den Westlichen Balkan nachhaltig stabilisiert und wichtige Reformen fördert. Die Westbalkan-Staaten weiter an die EU heranzuführen liegt sowohl im Interesse des Westlichen Balkans als auch im eigenen strategischen Interesse der EU. Dabei gilt es, wie auch von den Bürgerinnen und Bürgern empfohlen, auch die EU selbst nach innen weiterzuentwickeln, um ihre Handlungsfähigkeit auch mit einer perspektivisch gewachsenen Zahl an Mitgliedstaaten sicherzustellen. Die europäischen Bestrebungen der Ukraine und ihre Entscheidung für Europa, wie sie im Assoziierungsabkommen zum Ausdruck kommen, erkennt die Bundesregierung an.

## **II. Europa als Vorreiter für Klimaschutz und werteorientierte Digitalisierung**

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Nur gemeinsam können wir die Klimakrise bewältigen. Die Ereignisse der letzten Tage haben besonders deutlich gemacht: Eine vorausschauende Energiepolitik ist nicht nur entscheidend für unser Klima und unsere Wirtschaft, sondern auch für unsere Sicherheit. Auch deshalb gilt: Je schneller wir den Ausbau Erneuerbarer Energien vorantreiben, desto besser.

Die EU bekennt sich zum Übereinkommen von Paris und zur 1,5° C-Obergrenze für die globale Erwärmung. Wir wollen globaler Vorreiter bleiben, den Green Deal in allen Sektoren entschlossen

umsetzen und Klimaneutralität bis 2050 erreichen. Dabei bleibt es wichtig, auch über die aktuellen Arbeiten zum Fit for 55-Paket hinauszudenken und zum Beispiel die Reform der europäischen Landwirtschaft hin zu Nachhaltigkeit anzugehen. Die EU muss weltweit für mehr klimapolitischen Ehrgeiz eintreten, einen aktiven Outreach gegenüber Drittstaaten betreiben, weniger entwickelte Staaten auf ihrem Weg zu einer gerechten Transformation und besonders betroffene Staaten bei der Klimaanpassung unterstützen. Allianzen mit klimapolitisch progressiven Akteuren und innovative Formate wollen wir aktiv fördern. Dabei unterstützen wir konkrete Forderungen der Bürgerinnen und Bürger, etwa in Bezug auf eine garantierte Lebensdauer von bestimmten Produkten oder eine Reduktion des Einsatzes von Pestiziden und Düngemitteln.

Wir wollen die Digitalisierung europäisch gestalten und die digitale Souveränität der EU stärken. Gemeinsame Europäische Standards und Normen müssen die Entwicklung neuer Technologien begleiten und nach Möglichkeit vorwegnehmen und prägen. Die digitale Transformation bietet für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft große Chancen, die wir nutzen müssen. Unsere europäischen Werte und Grundrechte bilden auch im Digitalzeitalter das Fundament, für das wir weltweit eintreten. Wir treten für eine moderne digitale Ordnungspolitik ein, die einen Rahmen schafft, der die Wettbewerbsfähigkeit der EU stärkt, und den beschleunigten digitalen Wandel wettbewerbskonform, verbraucherfreundlich, sozial und nachhaltig gestaltet. Wir möchten erreichen, dass Europa bei digitalen Schlüsseltechnologien über Kapazitäten auf internationalem Spitzenniveau verfügt, gleichzeitig aber die Offenheit des digitalen Binnenmarktes gewährleistet. Dabei bieten die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger Inspiration, etwa in Bezug auf Aufnahme von klareren und strengeren Regeln zur Verarbeitung von Daten von Minderjährigen in die Datenschutzgrundverordnung oder die Einrichtung von standardisierten Datenschutzbestimmungen. Gerade im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen treten wir zudem dafür ein, die EU und ihre Mitgliedstaaten besser zur Abwehr von Desinformation, Fake News, Kampagnen, Propaganda sowie Manipulationen aus dem In- und Ausland zu befähigen.

### **III. Europas Demokratie stärken und weiter zusammenwachsen**

Die Konferenz zeigt zudem den großen Wert der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der europäischen Politik. Wir begrüßen, dass der Konferenzprozess die Bürgerinnen und Bürger der EU und ihre Ideen in den Mittelpunkt rückt. Der Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern über die weitere Entwicklung der EU sollte mit der Zukunftskonferenz nicht enden, so wie es auch in ihren Empfehlungen zum Ausdruck kommt. Wir werden uns daher dafür einsetzen, Formen der Bürgerbeteiligung über die Konferenz hinaus zu entwickeln und durchzuführen. Nur so wird sich eine europäische Öffentlichkeit weiter herausbilden können. Um dies zu unterstützen, setzen wir uns als deutsche Bundesregierung dafür ein, eine europäische Medienplattform einzurichten ebenso wie EU-Rechtsformen für Vereine und Stiftungen zu schaffen.

Die europäische Demokratie wollen wir weiter festigen, durch institutionelle Reformen weiterentwickeln und die EU noch näher an die Bürgerinnen und Bürger heranbringen. Das direkt gewählte Europäische Parlament möchten wir im legislativen Prozess weiter stärken, etwa beim Initiativrecht. Wir unterstützen ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit teils transnationalen

Listen und einem verbindlichen Spitzenkandidatensystem, um die gesamteuropäische Bedeutung der Wahlen zu unterstreichen – ein wichtiges Anliegen auch der Bürgerinnen und Bürger in ihren Empfehlungen. Die Transparenz der Verfahren und Entscheidungsfindung in den EU-Institutionen sollte erhöht werden, um sie für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarer zu machen. Wir wollen die Instrumente zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU weiterentwickeln und etwa den jährlichen Rechtsstaatsbericht der EU-Kommission durch länderspezifische Empfehlungen und unabhängige Expertise weiter stärken. Auch den Bürgerinnen und Bürgern ist die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in ihren Empfehlungen ein wichtiges Anliegen. Den Schutz der Grundrechte in der EU und den Mitgliedstaaten wollen wir als Kern unseres Wertefundaments weiter stärken, einschließlich einer Anwendung der EU-Grundrechtecharta auch auf nationales Handeln.

#### **IV. Das europäische Wirtschaftsmodell auf die Zukunft ausrichten**

Die EU ist eine starke Wirtschaftsgemeinschaft, die für fairen Wettbewerb und liberalen Marktzugang steht. Ihr einheitlicher Wirtschaftsraum ohne Binnengrenzen bildet die Basis für unseren Wohlstand, für Europas Gewicht in der Welt, für soziale Sicherheit und Zusammenhalt. Ein zentraler Baustein ist in diesem Zusammenhang die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als unserer gemeinsamen Währung. Als Bundesregierung setzen wir uns dafür ein, das europäische Wirtschaftsmodell für die nachhaltige und digitale Transition weiterzuentwickeln und die europäische Marktwirtschaft weiter sozial und ökologisch auszurichten. Dafür gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, Innovationen zu fördern und den Binnenmarkt weiter zu vertiefen. Nicht zuletzt sind noch bessere Standort- und Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Marktposition europäischer Unternehmen insbesondere im Bereich der Zukunftstechnologien zu stärken und Investitionen zu erleichtern.

Die EU kann ihr Wohlstandsversprechen nur einlösen, wenn sie eine nachhaltige, wettbewerbsfähige Wirtschaft hat, gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert, soziale Sicherheit erhöht und Solidarität lebt. Dies gilt umso mehr angesichts der immensen Herausforderungen, die für die Menschen mit der Bewältigung der Pandemie, aber auch der ökologischen und digitalen Transformation einhergehen. Die Bundesregierung setzt sich deshalb dafür ein, die Aufwärtskonvergenz EU-weit zu befördern, die Europäische Säule Sozialer Rechte umzusetzen und soziale Ungleichheiten zu beseitigen. Außerdem erfordert die doppelte Transformation eine Investitionsoffensive für eine klimagerechte und digitale Infrastruktur Europas. Wir wollen europäische Unternehmen besser vor unfairem Wettbewerb aus Drittstaaten schützen und europäische Instrumente zur Verteidigung des Binnenmarktes stärken.

#### **Zum Verfahren der Umsetzung – der Blick voraus**

Wir werden uns intensiv in den weiteren Prozess der Zukunftskonferenz zur Formulierung der Ergebnisse und Debatte über die Umsetzung der Empfehlungen einbringen. Als Bundesregierung treten wir für ambitionierte Ergebnisse und deren Umsetzung durch das jeweils geeignete Instrument ein. Darüber muss nach dem 9. Mai 2022 in den zuständigen Institutionen beraten werden. Dabei geht es vor allem um Verbesserungen in einzelnen Politikbereichen. Wir sind aber auch für Vertragsänderungen zur Umsetzung konkreter Fortschritte grundsätzlich offen, ebenso

perspektivisch für die Einberufung eines verfassungsgebenden Konvents. Denn um für die großen Herausforderungen unserer Zeit gewappnet zu sein, muss die EU weiter zusammenwachsen.

Aus Sicht der Bundesregierung ist es essentiell, dass die Bürgerinnen und Bürger auch weiter eng eingebunden werden. Wir schlagen deshalb vor, dass die in der Plenarversammlung der Konferenz vertretenen Akteurinnen und Akteure noch einmal zusammentreten, um über die Umsetzung der Konferenz informiert zu werden.